

haften und Idealtypischen, wie auch die ganze Lebensstil-Diskussion selbst mehr einen symbolischen Wert und Charakter hat.

Trotzdem macht sie uns aber auf einen, auch für die Kirchen äußerst wichtigen Tatbestand aufmerksam: unser westlicher Lebensstil kann nicht der Lebensstil der ganzen Menschheit sein. Und unsere Zukunft ist nur gesichert, wenn auch die ärmeren Völker eine Zukunft haben. Hier als „Anwalt der Armen“ ihre Aufgabe wahrzunehmen, dazu ist auch die Kirche herausgefordert.

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. „Schöpfung, Technik und Überleben der Menschheit: ... und füllet die Erde“ in: Hanfried Krüger (Hrsg.), *Jesus Christus befreit und eint. Vorträge von Nairobi*, Beiheft Nr. 30 zur ÖR, Frankfurt/M. 1976, S. 100.

² Hanfried Krüger / Walter-Müller-Römheld (Hrsg.), *Bericht aus Nairobi 1975*. Frankfurt 1976, S. 106.

³ Wilhelm Fahlbusch, „Wirtschafts- und sozialpolitische Notwendigkeit kontra neuen Lebensstil“ in: *Magok* (= Materialien zur Arbeit der Gruppe „Offene Kirche“) 1+2/1976, S. 16.

⁴ Hermann Kunst / Heinrich Tenhumberg (Hrsg.), *Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung, Entwicklung + Frieden*, München — Mainz 1976, S. 3—28. Schlußabschnitt „Neuer Lebensstil?“ S. 25—28.

⁵ „Some notes on the discussion about the New Life-Style“. Unveröffentlichtes Manuskript.

⁶ „Wirtschafts- und sozialpolitische Notwendigkeiten contra neuen Lebensstil“ in: *Magok* 1+2/1976, S. 16.

⁷ Memorandum der GKKE, in: Hermann Kunst / Heinrich Tenhumberg, S. 27.

⁸ „Von Finanzhilfe bis Asylrecht. Elemente einer glaubhafteren Entwicklungspolitik“, in: *Lutherische Monatshefte*, Heft 6/1977, S. 327.

⁹ Ulrich Albrecht, Peter Lock, Herbert Wulf, „Militärhilfe und Rüstungsexporte in Entwicklungsländer“ in: Hermann Kunst / Heinrich Tenhumberg, S. 120.

¹⁰ „Das solidarische Haushalten. Für ein bewußteres und humaneres Konsumieren“, in: *Lutherische Monatshefte*, Heft 6/1977, S. 317.

¹¹ Hermann Kunst / Heinrich Tenhumberg, S. 27.

Anhang

Thesen zum Thema „Weltwirtschaftspolitik und ‚Neuer Lebensstil‘“

VON WOLFGANG SCHWEITZER

1. Fachleute erklären uns, daß die Menschheit gegenwärtig vor zwei besonders schwer zu lösenden Aufgaben steht: a) Wir müssen lernen, daß das bisherige Wachstum der Bevölkerung der Erde und unser bisheriges Wirtschaftswachstum in naher Zukunft auf Grenzen stoßen werden; wenn wir uns auf diese Grenzen nicht rechtzeitig einstellen, wird die Zahl der leidenden, hungernden und vor-

zeitig sterbenden Menschen in vollends unerträglicher Weise anwachsen. b) Im Zusammenhang damit wird das Problem der ungerechten Ausnutzung der nur begrenzt vorhandenen Rohstoffe der Welt immer dringender: 20 % der Weltbevölkerung verbrauchen 80 % der für die Industrie wichtigen Rohstoffe; und diese Rohstoffe holen sie sich zum Teil in ungleichgewichtigen Austauschbeziehungen aus den Ländern, in denen der größere Teil der Menschheit lebt. Diese Ungerechtigkeit kann mit herkömmlichen Mitteln des jetzigen Weltwirtschaftssystems nicht aufgehoben werden.

2. Einzelne Christen und kirchliche Organisationen haben bisher die schweren Nachteile der Völker der sogenannten „Dritten“ und „Vierten“ Welt durch Hilfsaktionen zu mildern versucht: Z.B. „Brot für die Welt“ als direkte Hungerhilfe und als „Hilfe zur Selbsthilfe“. – Gezielte Maßnahmen dieser Art sind sicher auch weiterhin notwendig. Deswegen sollte zum Beispiel die vom Ökumenischen Rat gegründete Ökumenische Darlehensgenossenschaft gefördert werden. Gesamtwirtschaftliche Wirkungen sind aber davon kaum zu erhoffen.

3. Entwicklungshilfe wurde bald durch „Entwicklungspolitik“ ergänzt. Aber auch mit diesem Instrumentarium gelingt es nicht, die Kluft zwischen den Völkern, die die Vorteile des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems genießen, und den durch dieses System benachteiligten Völkern zu schließen; der wirtschaftliche Abstand zwischen beiden ist sogar noch größer geworden. Das hängt u. a. zusammen mit der „Bevölkerungsexplosion“ in diesen Ländern, aber auch mit deren zunehmender Verschuldung; sie droht zu einer (dem System inhärenten) Gefahr für die ganze Weltwirtschaft zu werden.

4. Heute kommt es darauf an, die Stellung der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft zu verbessern. *Wie aus der Entwicklungshilfe die Entwicklungspolitik hervorging, so muß heute die Entwicklungspolitik zu einer Weltwirtschaftspolitik und damit zu einer Außenpolitik führen, die die Erfordernisse der Entwicklungsländer vorrangig beachtet.* Es geht um eine Neuordnung der internationalen Handelsbeziehungen. – Im Welthandel wird genauso wie innerhalb der traditionellen Volkswirtschaften um Märkte, Marktanteile und Austauschbedingungen gerungen. In solchem Ringen haben die wirtschaftlich Stärkeren stets die größere Macht. Appelle an ihr Gerechtigkeitsgefühl werden sie nicht dazu veranlassen, auf institutionalisierte Vorteile zu verzichten.

5. Es wird heute allgemein anerkannt, daß unsere Märkte mehr als bisher für Produkte (nicht nur Rohstoffe!) der Entwicklungsländer geöffnet werden müssen. Ansätze dafür gibt es bereits (z.B. Vertrag von Lomé 1975 zwischen der EG und einer Gruppe von Entwicklungsländern). Unsere Wirtschaftspolitik muß diesen Strukturwandel vorausschauend analysieren und planen: dies ist im Memorandum der Kirchen in der Bundesrepublik zu UNCTAD IV vom Februar 1976 mit Recht betont worden. Nicht deutlich genug wird aber dort gesagt, daß zum Beispiel unsere Gewerkschaften gegen solche Strukturwandlungen Vorbehalte anmelden müssen, solange die anstehenden Belastungen des Strukturwandels infolge unzureichender Planung vor allem die Arbeitnehmer treffen (Verlust von Arbeitsplätzen müßte durch Schaffung neuer Arbeitsplätze und durch rechtzeitige Umschulung usw. aufgefangen werden). Es müssen also Wege gefunden werden, die in jeder Phase des Übergangs einen gerechten Ausgleich eröffnen. Die für die Anpassung unserer Wirtschaft erforderlichen Maßnahmen

müssen genau geplant und schrittweise durchgeführt werden – und zwar im nationalen, europäischen und internationalen Rahmen. Das Stichwort „Planung“ darf deshalb nicht zum Tabu erklärt werden – gerade weil es um das Überleben in Freiheit und Gerechtigkeit geht.

6. Obwohl die Einsicht wächst, daß langfristig das Festhalten an ungleichgewichtigen Austauschbeziehungen zu immer heftigerer politischer Auflehnung der Völker der Dritten und Vierten Welt führen und damit auch für die Industrieländer schädlich sein wird, beharren unsere Wirtschaftsverbände und unsere Regierungen bisher in allen Verhandlungen zäh auf der Verteidigung des globalen marktwirtschaftlichen Systems. Die Frage ist, ob es Mittel gibt, die sich anbahnende bessere Einsicht in der Öffentlichkeit so zu mobilisieren, daß die politischen Kräfte in den Industrieländern ermächtigt und beauftragt werden, sich für die notwendigen Änderungen des Weltwirtschaftssystems einschließlich der unvermeidlichen Strukturwandlungen in unserer eigenen Wirtschaft einzusetzen. – Da gewaltsame Veränderungen, zumal im Weltmaßstab, die Welthandelsbeziehungen sicher nicht verbessern können, bleibt nur die Hoffnung, daß es gelingt, die Vernunft aller Beteiligten zu der Weitsicht zu befreien, zu der sie an sich durchaus fähig ist. Es geht um die vorausschauende und tatkräftige Durchführung des als notwendig Erkannten.

7. Wenn die Kirchen und einzelne Christen sich mit Recht als Anwälte derer verstehen, die unter den jetzigen Welthandelsbeziehungen die Benachteiligten und Ausgebeuteten sind, dann folgt daraus in der jetzigen Lage: Wir müssen unsere Politiker dazu drängen, sich nicht nur für eine neue Ankurbelung und Steigerung unserer eigenen Wirtschaft einzusetzen; die Politiker aller Parteien müssen vielmehr veranlaßt werden, das von der Gruppe der 77 geforderte Rohstoffprogramm sorgfältig zu prüfen, durch das die für die Länder der Dritten Welt wichtigen Rohstoffe aus den ungleichgewichtigen Austauschbeziehungen des Weltmarktes herausgenommen würden (analog der Herausnahme strukturell ungleichgewichtiger Bereiche aus der marktwirtschaftlichen Ordnung in den Industrieländern, siehe Landwirtschaft). Dies Rohstoffprogramm darf nicht mit dem bloßen Hinweis auf seine Markt-Inkonformität abgewiesen werden. Nur wenn wir den Entwicklungsländern wirklich entgegenkommen, kann unser aller friedliche Zukunft gesichert werden. – *Entwicklungshilfe, Entwicklungspolitik und Weltwirtschaftspolitik werden damit zu einem Problem der Neuorientierung der politischen Kräfte in unserem Land, also zu einem Aspekt der Innenpolitik.* Womit sich erweist: *Wenn wir den Benachteiligten wirklich „helfen“ wollen, muß sich vor allem bei uns selbst etwas ändern;* das erst wäre das Ende jedes unchristlichen Paternalismus in Sachen „Entwicklungsländer“, wäre wirkliche Solidarität.

8. Die holländischen evangelischen und katholischen Kirchen haben die Aktion „Neuer Lebensstil“ in Gang gebracht in der Absicht, ein verändertes Konsumverhalten zu erzeugen – wie es im Zuge der unvermeidlichen Strukturwandlungen vermutlich ohnehin auf uns alle zukommen wird. Die Aktion ist ein Versuch, die Grundlagen unserer Wirtschaftsweise durch ein neues Ethos zu verändern. Wenn es gelingt, die Wachstumsideologie unserer Gesellschaft zu durchbrechen, wird die Menschheit nicht so bald an die Grenzen des Wachstums stoßen, wie manche jetzt befürchten. Die Frage, ob durch Konsumverzicht die eigene

Volkswirtschaft u.U. vorzeitig geschwächt wird, muß zurücktreten hinter der Notwendigkeit, darauf aufmerksam zu machen, daß die begrenzten Rohstoffe der Erde nur bei sparsamem Gebrauch und gerechter Verteilung zwischen den Völkern das Leben der nachfolgenden Generationen sichern können.

9. In der gegenwärtigen weltpolitischen Lage könnte eine Aktion „Neuer Lebensstil“, die einerseits ein dauerndes unreflektiertes Wachstum von Konsumansprüchen und Produktion infrage stellt – und andererseits gezielt bestimmte Angebote im Interesse der Entwicklungsländer in Anspruch nimmt (Dritte-Welt-Läden!), dazu beitragen, daß die verantwortlichen Politiker ermächtigt werden, auf die einseitigen Vorteile der Industrienationen aus den marktwirtschaftlich organisierten Austauschbeziehungen zu verzichten und den Entwicklungsländern mehr entgegenzukommen. Es geht also um die *Ermächtigung zum Verzicht auf wirtschaftliche Vormachtstellung* – und insofern um einen Beitrag zur „Umverteilung“ der wirtschaftlichen Macht mit friedlichen Mitteln. Diese erhoffte indirekte politische Wirkung ist dem Gedanken vorzuziehen, es gehe beim „Neuen Lebensstil“ nur um eine neue „praxis pietatis“. Es geht auch nicht nur um Konsumverzicht angesichts der „Grenzen des Wachstums“, sondern es geht zugleich um ein Signal für den notwendigen gerechten Ausgleich zwischen den Völkern.

10. Zur Diskussion steht die Frage, ob die Aktion „Neuer Lebensstil“ ein sinnvolles Mittel ist, um den angestrebten Zielen näherzukommen (vorausgesetzt, die Ziele gelten als gerechtfertigt). Wenn die Frage zu bejahen ist, sollte man nicht zögern; denn die Zeit drängt – und Aktionen solcher Art können ohnehin erst nach einer gewissen Zeit Wirkungen haben.